Volker Haug

Grundwissen Internetrecht

mit Schaubildern
und Fallbeispielen

Urteile im Internet unter
www.grundwissen-internetrecht.de

3., überarbeitete Auflage

150 Jahre
Kohlhammer

RECHTSWISSENSCHAFTEN
UND VERWALTUNG **Handbücher**

Volker Haug

Grundwissen Internetrecht

mit Schaubildern
und Fallbeispielen

Urteile im Internet unter
www.grundwissen-internetrecht.de

3., überarbeitete Auflage

150 Jahre
Kohlhammer

Für Gaby, Nina, Niko und Nadine

Grundwissen Internetrecht

mit Schaubildern und Fallbeispielen

Prof. Dr. Volker M. Haug

Ministerialrat im Hochschuldienst
Leiter der Abteilung für Rechtswissenschaft
im Institut für Volkswirtschaftslehre und Recht
der Universität Stuttgart

3., überarbeitete Auflage

Verlag W. Kohlhammer

3. Auflage 2016

Alle Rechte vorbehalten

© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:

ISBN 978-3-17-029053-2

E-Book-Formate:

pdf: ISBN 978-3-17-029054-9

epub: ISBN 978-3-17-029055-6

mobi: ISBN 978-3-17-029056-3

Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

Das Internet ist ein wichtiger Bestandteil unseres Alltags. Entsprechend bedeutsam sind die damit verbundenen Rechtsfragen. Provider, Anschlussinhaberhaftung, Datenschutz, Urheberrecht, Social Media, Links, Domains, Internet-Auktionen und viele weitere Internet-Themen werden in diesem Buch rechtlich erläutert. Durch einen klaren Aufbau, über 50 Übersichten und Schaubilder, prägnante Zusammenfassungen am Ende aller Teilkapitel sowie 20 instruktive Beispielfälle gelingt dem Autor eine besonders anschauliche und verständliche Darstellung. Hinzu kommt eine Online-Verknüpfung des Buches mit zentralen Auszügen aus vielen relevanten Gerichtsentscheidungen.

Das Buch richtet sich an alle, die sich über das Internetrecht einen Überblick verschaffen wollen. Dazu gehören Juristen in Ausbildung und in der Praxis ebenso wie Studierende und Berufstätige anderer Fachrichtungen mit Internetbezügen (z. B. Informatiker, Softwaretechniker, PR-Manager).

Prof. Dr. Volker M. Haug leitet die Abteilung für Rechtswissenschaft im Institut für Volkswirtschaftslehre und Recht der Universität Stuttgart und lehrt dort seit vielen Jahren u.a. Internetrecht.

Vorwort

Das Internet ist nicht einfach ein Medium wie die Tageszeitung oder das Fernsehen, sondern es begleitet unseren Alltag auf Handys, Tablets, PCs und erfasst nahezu alle Lebensbereiche. Egal, ob man im sozialen Netzwerk mit Freunden kommuniziert, auf einer Vermarktungsplattform Einkäufe tätigt, bei einem Wiki-Auftritt Informationen recherchiert, mit Routenplanern oder Bahn-Apps Reisen vorbereitet, in der Cloud Daten verarbeitet oder speichert, Filme und Musiktitel streamt oder gar herunterlädt, Online-Spielangebote nutzt oder einfach ziellos umher surft – so gut wie alles, was man im Netz tut, hat rechtliche Auswirkungen oder stellt einen rechtlich relevanten Vorgang dar.

Dieses Buch wendet sich an alle, die darüber etwas wissen möchten. Dabei setzt es weder irgendwelche Rechtskenntnisse voraus, noch wendet es sich nur an „IT-Freaks“. In einer möglichst unjuristischen und verständlichen Sprache erklärt es rechtliche Hintergründe und Zusammenhänge von internetbezogenen Themen wie Provider, Contents, Domains, eCommerce oder eGovernment. Damit eignet es sich zum einen als Studienbuch für Studierende aller Fachrichtungen, die sich mit dem Internet beschäftigen. Dazu zählen nicht nur beispielsweise Informatik- oder Softwaretechnik-Studierende, sondern auch Studierende der Rechtswissenschaft mit entsprechenden Interessen oder Studienschwerpunkten. Zum anderen eignet es sich aber auch als Nachschlage- oder Informationsbuch für Internetpraktiker wie Blogger, Webmaster oder Forenbetreiber.

Die dritte Auflage entwickelt die bewährte Konzeption des Buches mit drei wesentlichen Innovationen weiter:

- Neu sind nun 20 praxisbezogene Beispielfälle mit Lösungen, die Studierenden als Übung für Klausuraufgaben und anderen als Veranschaulichungsbeispiele dienen sollen.
- Außerdem ist mir aus meiner mittlerweile über 20jährigen Lehrpraxis an der Universität Stuttgart gut bekannt, dass eine Grafik oft mehr leisten kann, als ein langer Text. Deshalb ist als zweite Weiterentwicklung die erhebliche Ausweitung der Grafiken, Tabellen und Schaubilder zu nennen, mit denen die mitunter komplexen Themen und Zusammenhänge besser verdeutlicht werden.
- Schließlich wird das Buch für diejenigen, die den O-Ton der Gerichte nachlesen möchten, durch den Internetauftritt „www.grundwissen-internetrecht.de“ ergänzt. Dort finden Sie zahlreiche Urteilsauszüge, die nach der Gliederung des Buches geordnet sind.

Andere bewährte konzeptionelle Elemente wurden beibehalten:

- Die prägnanten Zusammenfassungen am Ende eines jeweiligen thematischen Abschnitts („Summary“), um die zentralen Aussagen auf den Punkt zu bringen,
- die Zusammenstellung von Legaldefinitionen (also gesetzlicher Originalbeschreibungen) von zahlreichen internetspezifischen Fachbegriffen im Anhang,
- zahlreiche weiterführende Literaturhinweise in den Fußnoten zu Fachaufsätzen, wenn man ein bestimmtes Rechtsproblem vertiefend nachlesen möchte, und
- ein ausführliches Stichwortverzeichnis, das das schnelle Auffinden konkreter Fundstellen im Buch zu bestimmten Problemen ermöglicht.

Aber natürlich bringt die dritte Auflage auch eine ganze Reihe inhaltlicher Aktualisierungen. Hierzu zählen die gewaltige Entwicklung sozialer Netzwerke, staatliche Überwachungsmaßnahmen vielfältiger Netzaktivitäten nicht zuletzt durch Nachrichtendienste, Fragen der

Anschlussinhaberhaftung, neue Straftatbestände, Probleme beim Streaming, die Forderung nach einem „digitalen Radiergummi“, Klagen wegen der „auto-complete-Funktion“ bei Suchmaschinen, die neue Verbraucherrechterichtlinie der EU oder das E-Government-Gesetz des Bundes.

Bei den Arbeiten an der neuen Auflage habe ich viel Unterstützung bekommen. Mein besonderer Dank gilt Frau Rechtsreferendarin Julia Qualmann und den Herren Rechtsreferendaren Sven Krause und Christian Wilhelm für vielfältige Hinweise, Anmerkungen und Diskussionen. Mit praktischen Tipps haben mir auch die IT-Hilfskräfte meiner Abteilung, Per Guth und Tobias Hirning, geholfen.

Außerdem danke ich meinem Sohn stud. iur. Niko Haug für seine kritische Beratung bei den Beispielfällen. Weiteren Dank statue ich meinem akademischen Mentor, Professor Dr. Siegfried F. Franke, Universität Stuttgart, ab, der mich vor vielen Jahren zur ersten Auflage inspiriert hat. Last but not least schließlich schulde ich dem Verlag W.

Kohlhammer Dank für die freundliche Betreuung und die zügige Drucklegung.

Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich einen größtmöglichen Verständniserfolg mit vielen „Aha-Erlebnissen“. Aber natürlich ist nichts so gut, dass es nicht noch besser werden könnte. Daher freue ich mich auf kritische oder lobende Anmerkungen, Rückmeldungen und Ratschläge per eMail an „haug@ivr.uni-stuttgart.de“.

Stuttgart, im November 2015

Volker M. Haug

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Summary-Verzeichnis

Verzeichnis der Schaubilder und Übersichten

Verzeichnis der Beispielfälle

Literaturverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

Kapitel 1: Einführung

1.1 Das Internet als alltagsprägendes Massenmedium

1.2 Das Internetrecht

1.2.1 Keine rechtliche „Vogelfreiheit“ im Internet

1.2.2 Struktur des Internetrechts

1.2.3 Rechtsquellen des Internetrechts

1.2.4 Perspektiven

1.2.5 Summary „Internetrecht“

Kapitel 2: Grundlagen

2.1 Recht der Informations- und Kommunikationsdienste (IuK)

2.1.1 Unterscheidung von Telekommunikation, Telemedien und Rundfunk

2.1.2 Recht der Telekommunikation

2.1.3 Summary „Telekommunikationsrecht“

2.1.4 Recht der Telemedien

2.1.5 Summary „Telemedienrecht“

2.2 Grundrechte

2.2.1 Vorbemerkung zur Wirkung von Grundrechten

2.2.2 Allgemeines Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG)

2.2.3 Kommunikationsgrundrechte (Art. 5 Abs. 1, 2 GG)

- 2.2.4 Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Art. 10 GG)
- 2.2.5 Berufs- und Eigentumsfreiheit (Art. 12, 14 GG)
- 2.2.6 Internationale Perspektive
- 2.2.7 Summary „Grundrechte“

Kapitel 3: Provider

3.1 Providerdienstleistungen und ihre rechtliche Einordnung

- 3.1.1 Provider-Arten
- 3.1.2 Provider-Verträge
- 3.1.3 Summary „Provider-Arten und -Verträge“

3.2 Provider-Haftung

- 3.2.1 Haftungsprivileg für Telemedien
- 3.2.2 Haftung des Internetanschlusshabers
- 3.2.3 Internetsperren durch Zugangerschwerung
- 3.2.4 Summary „Provider-Haftung“

3.3 Datenschutzrecht für Provider

- 3.3.1 Allgemeines Datenschutzrecht
- 3.3.2 Besonderes Datenschutzrecht für Provider
- 3.3.3 Einzelne Problemkreise
- 3.3.4 Internationale Perspektive
- 3.3.5 Reformbedarf und Perspektiven
- 3.3.6 Summary „Datenschutzrecht“

Kapitel 4: Contents (Internetinhalte)

4.1 Impressumspflicht

- 4.1.1 Vorgaben der §§ 5 TMG, 55 RStV
- 4.1.2 Anforderungen an die leichte Erkennbarkeit und unmittelbare Erreichbarkeit
- 4.1.3 Wettbewerbsrechtliche Relevanz der Impressumspflicht
- 4.1.4 Summary „Impressumspflicht“

4.2 Urheberrecht

- 4.2.1 Funktion und Anwendungsbereich des Urheberrechts
- 4.2.2 Urheberrechte und -ansprüche

4.2.3 Schranken der Urheberrechte

4.2.4 Einzelne Problemkreise

4.2.5 Internationale Perspektive

4.2.6 Summary „Urheberrecht“

4.3 Strafrecht

4.3.1 Kommunikationsdelikte

4.3.2 Schutz der Intim- und Privatsphäre

4.3.3 IT-spezifische Straftatbestände

4.3.4 Sonstige Straftatbestände, v. a. in einzelnen Fachgesetzen

4.3.5 Ausgewählte Besonderheiten des Strafprozessrechts

4.3.6 Internationale Perspektive

4.3.7 Summary „Strafrecht“

4.4 Jugendschutzrecht

4.4.1 Jugendmedienschutz-Staatsvertrag

4.4.2 Besondere Problemkreise

4.4.3 Summary „Jugendschutzrecht“

4.5 Social Media

4.5.1 Begriff und Bedeutung

4.5.2 Vertragliches Nutzungsverhältnis

4.5.3 Haftung für usergenerated Content

4.5.4 Virtuelles Hausrecht des Anbieters

4.5.5 Bewertungsportale

4.5.6 Summary „Social Media“

4.6 Links

4.6.1 Die rechtlichen Probleme verschiedener Linkformen

4.6.2 Haftung für verlinkte Inhalte

4.6.3 Pflichten von Suchmaschinen

4.6.4 Summary „Links“

Kapitel 5: Domains

5.1 Domains als Internet-Adressen

5.1.1 Technische und rechtliche Einordnung

5.1.2 Domain Name System

5.1.3 Summary „Domains als Internetadressen“

5.2 Domainvergabe

- 5.2.1 ICANN als Hüterin des Domain Name Systems
- 5.2.2 DENIC als Registrierungsstelle für „.de“-SLDs
- 5.2.3 Perspektiven durch ENUM
- 5.2.4 Vergabeverfahren bei DENIC
- 5.2.5 Summary „Domainvergabe“

5.3 Domainstreitigkeiten

- 5.3.1 Namens- und Firmenrecht
- 5.3.2 Kennzeichenrecht
- 5.3.3 Anwendung des Namens- und Kennzeichenrechts auf Domainstreitigkeiten
- 5.3.4 Sonstige Problemkreise zu Domainstreitigkeiten
- 5.3.5 Mitstörerhaftung von DENIC
- 5.3.6 Internationale Perspektive
- 5.3.7 Summary „Domainstreitigkeiten“

Kapitel 6: eCommerce

6.1 Vertragsschluss im Internet

- 6.1.1 Elektronischer Vertragsschluss
- 6.1.2 Internet-Auktionen
- 6.1.3 Elektronische Signaturverfahren
- 6.1.4 Internationale Perspektive
- 6.1.5 Summary „Vertragsschluss im Internet“

6.2 Verbraucherschutzrecht

- 6.2.1 Grundsätze des Verbraucherschutzrechts
- 6.2.2 Das Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
- 6.2.3 Fernabsatzrecht, §§ 312c ff. BGB
- 6.2.4 Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr, §§ 312i, 312j BGB
- 6.2.5 Preisangabenrecht
- 6.2.6 Summary „Verbraucherschutzrecht“

6.3 Wettbewerbsrecht

6.3.1 Stellung, Bedeutung und Anwendbarkeit des UWG

6.3.2 Verbot unzulässiger geschäftlicher Handlungen

6.3.3 Rechtsfolgen

6.3.4 Internationale Perspektive

6.3.5 Summary „Wettbewerbsrecht“

Kapitel 7: eGovernment

7.1 eDemocracy

7.1.1 Wahlen im Internet

7.1.2 Politische Willensbildung

7.1.3 Online-Petitionen

7.1.4 Parteien im virtuellen Raum

7.1.5 Summary „eDemocracy“

7.2 eAdministration

7.2.1 Grundfragen

7.2.2 Elektronische Kommunikation im
Verwaltungsverfahren

7.2.3 Summary „eAdministration“

Anhang: Legaldefinitionen

Stichwortverzeichnis

Summary-Verzeichnis

Jeder Abschnitt wird mit einem zusammenfassenden Summary beendet, in dem die wesentlichen Kernaussagen wiederholt werden. Diese Summaries sind auch als erste Nachschlagestelle zu bestimmten Themen geeignet.

[Internetrecht](#)

[Telekommunikationsrecht](#)

[Telemedienrecht](#)

[Grundrechte](#)

[Provider-Arten und -Verträge](#)

[Provider-Haftung](#)

[Datenschutzrecht](#)

[Impressumpflicht](#)

[Urheberrecht](#)

[Strafrecht](#)

[Jugendschutzrecht](#)

[Social Media](#)

[Links](#)

[Domains als Internetadressen](#)

[Domainvergabe](#)

[Domainstreitigkeiten](#)

[Vertragsschluss im Internet](#)

[Verbraucherschutzrecht](#)

[Wettbewerbsrecht](#)

[eDemocracy](#)

[eAdministration](#)

Verzeichnis der Schaubilder und Übersichten

- 1 Medienbegriffe
- 2 Akzeptanzproblem rechtlicher Bindungen
- 3 Struktur des Internetrechts
- 4 Unionsrechtliche Vorgaben (Richtlinien)
- 5 Deutsche Rechtsquellen
- 6 Abgrenzung Telekommunikation/Telemedien/Rundfunk
- 7 Telemedienbegriffe
- 8 Allgemeines Persönlichkeitsrecht
- 9 Kommunikationsrichtungen
- 10 Online-Archive
- 11 Medienfreiheiten
- 12 Grundrechtsschutz von eMails und Surfen
- 13 Kommunikationsstufen
- 14 Provider-Arten
- 15 Provider-Verträge
- 16 Haftungsfilter für Provider
- 17 Haftungsprivilegien der Provider-Arten
- 18 Anwendbarkeitsvoraussetzungen des BDSG
- 19 Bestands-, Verkehrs- und Nutzungs-/Abrechnungsdaten
- 20 Datenschutzrechtliche Spannungen im Netz
- 21 Impressumspflicht
- 22 Typische Urheberrechtskonstellation
- 23 Urheberrechte
- 24 File-Sharing
- 25 Kommunikationsdelikte
- 26 Spezifische IT-Straftaten
- 27 Stufen der Angebote nach JMStV
- 28 Provider-Typologie bei Foren/Netzwerken
- 29 Störerhaftung bei usergenerated Content
- 30 Bewertungsportale
- 31 Rechtsprobleme verschiedener Linkformen

- 32 (Klassische) Generische Top Level Domains
- 33 Top Ten der Top Level Domains
- 34 Aufbau einer Web-Adresse (URL)
- 35 Legitimationsstränge im Domain Name System
- 36 Interne Struktur von ICANN
- 37 Interne Struktur von DENIC
- 38 Akteure im Domainvertrag
- 39 Domainvertrag und -inhaberschaft
- 40 Grundsätze des Namens- und Kennzeichenrechts
- 41 Fallgruppen der namens- und kennzeichenrechtlichen Domainstreitigkeiten
- 42 Namens- und kennzeichenrechtliche Domain-Entscheidungen
- 43 Domain-Entscheidungen in Gleichnamigkeitsfällen
- 44 Kategorien des eCommerce
- 45 Verantwortungsbereiche beim Zugang von eMails
- 46 Anfechtung von Willenserklärungen
- 47 Rangordnung der Formarten für Vertragsschlüsse
- 48 Zertifizierung qualifizierter elektronischer Signaturen
- 49 Mehrstufigkeit elektronischer Signaturen
- 50 Zertifizierungshaftung
- 51 Unternehmer-Verbraucher-Verhältnis
- 52 Wirksamkeitshürden für AGBs
- 53 Fernabsatzvertrag und Vertrag im elektronischen Geschäftsverkehr
- 54 Schutzrichtungen des Lauterkeitsrechts
- 55 Zulässigkeit von Telefon-, Fax- und eMail-Werbung
- 56 Unterscheidungen beim eGovernment
- 57 Verfahren bei ePetitionsformen
- 58 Rangordnung der Formarten für elektronische Verwaltungsakte

Verzeichnis der Beispielfälle

- 1 Indiskretionen im Internet (Persönlichkeitsrecht)
- 2 Internetauftritte mit Folgen (Provider-Haftung)
- 3 Gefällt mir gar nicht (Datenschutz)
- 4 Tausch mit Trouble (Urheberrecht)
- 5 Abgelenkte Abiturienten (Strafrecht)
- 6 Rigoroses Regiment (Virtuelles Hausrecht)
- 7 Bundesliga-Bashing (Bewertungsportale)
- 8 Legale Links? (Link-Haftung)
- 9 Empfindliche Ehegattin (Suchmaschinenhaftung)
- 10 Gutes Geschäftsmodell? (Gattungsdomains)
- 11 David und Goliath (Gleichnamigkeit im Domainrecht)
- 12 Branchenübergreifender Domaindisput (Domainstreit)
- 13 Schlaues Schnäppchen (Elektronischer Vertragsschluss)
- 14 Smartphone im See (Identitätsdiebstahl)
- 15 Star schlägt Server (Vertragsschluss bei Online-Auktionen)
- 16 Schwieriger Schreibtisch (Gewährleistung)
- 17 Nachlässigkeit beim Namen (Wirksamkeit von AGBs)
- 18 Kaputter Kreisel (Widerruf beim Fernabsatzvertrag)
- 19 Zoff um Zubehör (Wettbewerbsrecht)
- 20 Digitale Demo (Online-Demo)

Literaturverzeichnis

Dreier, Thomas/Schulze, Gernot, Urheberrechtsgesetz, 4. Aufl. 2013.

Engels, Rainer, Patent-, Marken- und Urheberrecht, 9. Aufl. 2015 (zit. PMU-Recht).

Fechner, Frank, Medienrecht, 16. Aufl. 2015.

Fischer, Thomas, Strafgesetzbuch mit Nebengesetzen, 59. Aufl. 2012.

Gercke, Marco/Brunst, Philip W., Praxishandbuch Internetstrafrecht, 2009.

Gersdorf, Hubertus/Paal, Boris P. (Hrsg.), Informations- und Medienrecht, 2014.

Haug, Volker M., Öffentliches Recht für den Bachelor, 2014.

Heckmann, Dirk, Internetrecht – juris PraxisKommentar, 4. Aufl. 2014.

Heintschel-Heinegg, Bernd von (Hrsg.), BeckOK StGB, 26. Ed. Feb. 2015.

Hoeren, Thomas, Internet- und Kommunikationsrecht – Praxislehrbuch, 2. Aufl. 2012.

Jänich, Volker Michael/Eichelberger, Jan, Urheber- und Designrecht, 2012.

Kaiser, Robert, Bürger und Staat im virtuellen Raum – E-Government in deutscher und internationaler Perspektive, in: Siedschlag, Alexander/Bilgeri, Alexander/Lamatsch, Dorothea, Kursbuch Internet und Politik, Band 1/2001, Elektronische Demokratie und virtuelles Regieren, 2001, S. 57.

Köhler, Markus/Arndt, Hans-Wolfgang/Fetzer, Thomas, Recht des Internet, 7. Aufl. 2011.

Köhler, Helmut/Bornkamm, Joachim, Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, 33. Aufl. 2015.

Krimphove, Dieter, Werberecht, 2011.

- Leupold, Andreas u. a. (Hrsg.)*, Münchener
Anwaltshandbuch IT-Recht, 2. Aufl. 2011.
- Maunz, Theodor/Dürig, Günter (Hrsg.)*, Grundgesetz
Kommentar, 72. Ergänzungslieferung, Stand: Juli 2014.
- v. Münch, Ingo/Kunig, Philip (Hrsg.)*,
Grundgesetzkommentar, Band 2 (Art. 70-146 GG), 6.
Aufl. 2012.
- Ohly, Ansgar*, Urheberrecht in der digitalen Welt –
Brauchen wir neue Regelungen zum Urheberrecht und
dessen Durchsetzung?, 2014.
- Palandt, Otto (Begr.)*, Bürgerliches Gesetzbuch, 73. Aufl.
2014.
- Peters, Butz*, Öffentlich-rechtliche Online-Angebote, 2010.
- Pieroth, Bodo/Schlink, Bernhard/Kingreen,
Thorsten/Poscher, Ralf*, Grundrechte – Staatsrecht II, 30.
Aufl. 2014.
- Reitze, Helmut*, Wer wird Kanzler in de.land? – Wie das
Internet die Politik verändert, in: Siedschlag,
Alexander/Bilgeri, Alexander/Lamatsch, Dorothea,
Kursbuch Internet und Politik, Band 1/2001,
Elektronische Demokratie und virtuelles Regieren, 2001,
S. 21.
- Rittner, Fritz/Dreher, Meinrad/Kulka, Michael*,
Wettbewerbs- und Kartellrecht, 8. Aufl. 2014.
- Schwartmann, Rolf (Hrsg.)*, Praxishandbuch Medien-, IT-
und Urheberrecht, 3. Aufl. 2014.
- Sievers, Malte*, Der Schutz der Kommunikation im Internet
durch Art. 10 des Grundgesetzes, 2003.
- Strömer, Tobias H.*, Online-Recht, 4. Aufl. 2006.
- Steckler, Brunhilde*, Grundzüge des IT-Rechts, 3. Aufl. 2011.

Abkürzungsverzeichnis

a2a	administration to administration
a2b	administration to business
a2c	administration to consumer
a. A.	anderer Ansicht
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
AG	Amtsgericht
AGBs	Allgemeine Geschäftsbedingungen
ALAC	At Large Advisory Committee (ICANN)
APNIC	Asia Pacific Network Information Centre
APR	Allgemeines Persönlichkeitsrecht
ARIN	American Registry for Internet Numbers
ASCII	American Standard Code for Information Interchange
b2b	business to business
b2c	business to consumer
BayPAG	Bayrisches Polizeiaufgabengesetz
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
Bekl.	Beklagte(r)
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGB-InfoV	Verordnung über Informations- und Nachweispflichten nach bürgerlichem Recht
BGG	Behindertengleichstellungsgesetz
BGH	Bundesgerichtshof
BITV	Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung
BKA	Bundeskriminalamt

BKAG	Gesetz über das Bundeskriminalamt und die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in kriminalpolizeilichen Angelegenheiten
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
BNetzA	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
BSI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BWahlG	Bundeswahlgesetz
CCC	Chaos Computer Club
ccTLD	country code Top Level Domain
CR	Computer und Recht
DDB	DENIC-Domainbedingungen
DDRL	DENIC-Domainrichtlinien
DENIC	Deutsches Network Information Center eG
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DJT	Deutscher Juristentag e. V.
DNS	Domain Name System
DoS	Denial-of-Service
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGovG	E-Government-Gesetz
EMRK	Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten
ENUM	Electronic Numbering/Telephone Number URI Mapping

EUV	Vertrag über die Europäische Union
FISA	Foreign Intelligence Surveillance Act 1978 (Amendments Act 2008)
GAC	Governmental Advisory Committee (ICANN)
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
GlüStV	Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag)
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Fachzeitschrift)
gTLD	generic Top Level Domain
HGB	Handelsgesetzbuch
h. M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
html	hypertext markup language
http	hypertext transfer protocol
https	hypertext transfer protocol secure
IANA	Internet Assigned Numbers Authority
ICANN	Internet-Corporation for Assigned Names and Numbers
IDN	Internationalized Domain Name
i. d. R.	in der Regel
i. Erg.	im Ergebnis
IETF	Internet Engineering Task Force
IGF	Internet Governance Forum (ICANN)
InfoSocRL	Richtlinie 2001/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2001

	zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft
INTA	International Trademark Organization
InterNIC	International Network Information Center
IP	Internet Protocol
ISOC	Internet Society
i. S. v.	im Sinne von
ITU	International Telecommunication Union
IuK	Informations- und Kommunikationsdienste
JMStV	Jugendmedienschutz-Staatsvertrag
JuSchG	Jugendschutzgesetz
JZ	Juristenzeitung
KG	Kammergericht (das nur in Berlin existiert und dort die Funktion des OLG wahrnimmt)
KJM	Kommission für Jugendmedienschutz (§ 14 JMStV)
Kl.	Kläger(in)
LAN	Local Area Networks
LG	Landgericht
LPrG BW	Landespressegesetz Baden-Württemberg
LT-Drs.	Landtagsdrucksache
LTO	Legal Tribune Online
MarkenG	Markengesetz
MDStV	Mediendienste-Staatsvertrag
MMR	MultiMedia und Recht
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
n. F.	neue Fassung

ngTLD	new generic Top Level Domain
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NSI	Network Solutions Inc.
OLG	Oberlandesgericht
p2p	peer-to-peer
PAngV	Preisangabenverordnung
PartG	Parteiengesetz
RBÜ	Revidierte Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst
RegTP	Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post
RFC	Request for Comments
RIPE NCC	Réseaux IP Européen Network Coordination Centre
RL	Richtlinie (als Rechtsakt der Europäischen Union)
RLöP	Richtlinie für die Behandlung von öffentlichen Petitionen
Rn.	Randnummer
RStV	Rundfunkstaatsvertrag
RUDRP	Rules for Uniform Domain Name Dispute Resolution Policy
RVG	Rechtsanwaltsvergütungsgesetz
SigG	Signaturgesetz
SigV	Signaturverordnung
SLD	Second Level Domain
s. o.	siehe oben
StGB	Strafgesetzbuch

str.	streitig
StrÄndG	Strafrechtsänderungsgesetz
s. u.	siehe unten
TDG	Teledienstegesetz
TKG	Telekommunikationsgesetz
TLD	Top Level Domain
TMG	Telemediengesetz
TRIPS	Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums
UDRP	Uniform Domain-Name Dispute-Resolution Policy
UKlaG	Gesetz über Unterlassungsklagen bei Verbraucherrechts- und anderen Verstößen
UrhG	Urheberrechtsgesetz
URL	Uniform Ressource Locator (Internetadresse)
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v. a.	vor allem
VoIP	Voice over Internet Protocol (Sprachtelefonie via Internet)
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WCT	WIPO-Urheberrechtsvertrag
WIPO	World Intellectual Property Organization
WiStG	Wirtschaftsstrafgesetz 1954
WLAN	Wireless Local Area Network (drahtlose lokale Netzwerke)
WUA	Welturheberrechtsabkommen
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZKDSG	Zugangskontrolldiensteschutzgesetz

ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSKG	Gesetz über den Zivilschutz und die Katastrophenhilfe des Bundes (Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz)
ZugErschwG	Gesetz zur Erschwerung des Zugangs zu kinderpornografischen Inhalten in Kommunikationsnetzen (Zugangserschwerungsgesetz)
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht

Kapitel 1: Einführung

1.1 Das Internet als alltagsprägendes Massenmedium

1 Im Zentrum des allgemeinen Medienbegriffs steht die Vermittlerfunktion: Medien zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass sie zwischen Menschen Informationen, Nachrichten und Meinungen vermitteln. Die Einteilung der verschiedenen Formen von Medien bewegt sich zwischen den Polen **klassische/digitale Medien** und **Massen-/Individualmedien**. Unter den Klassischen Medien werden die schon seit langem vorhandenen Vermittlungsformen verstanden, während mit den Digitalen Medien die vielfältigen Erscheinungsformen des Internets bezeichnet werden. Massenmedien wiederum zeichnen sich dadurch aus, dass sich eine Person oder Personengruppe an eine nicht mehr überschau- oder begrenzbar Personenmasse wendet, während über Individualmedien einzelne Personen oder bestimmbar Personengruppen miteinander kommunizieren:¹

	Klassische Medien	Digitale Medien
Massenmedien	Zeitung Zeitschrift Hörfunk Fernsehen Film	Internet Soziale Netzwerke
Individualmedien	Telefon	eMail Kommunikations-Apps

Übersicht 1: Medienbegriffe

2 Die digitalen Medien durchbrechen in zwei zentralen Punkten die bei klassischen Medien geltenden Grenzen:

- **Interaktivität:** Bei den digitalen Medien verlieren sich die Grenzen zwischen Massen- und Individualmedien. So ist beispielsweise ein Forum oder ein Portal, das weltweit von

jedem User eingesehen werden kann, ein Massenmedium, das in dem Moment zum Individualmedium wird, in dem der User mitpostet. Im interaktiven „Mitmach-Web“ wird die „klassische mediale Einbahnstraße“ von Sendern zu Empfängern überwunden,² weshalb die User auch als „Prosumer“ – also Produzent und Konsument in einer Person – bezeichnet werden.

- **Internationalität:** Gleichzeitig zeichnen sich die digitalen Medien durch eine absolute und grenzenlose Internationalität aus, womit auch Probleme der erschwerten Kontrolle und Rechtsverfolgung verbunden sind.

3 Das Internet ist jedoch noch mehr als „nur“ ein Massen- oder Individualmedium zu Kommunikationszwecken. Es prägt den Alltag und das Leben der Menschen in vielfacher Hinsicht. Dadurch verfügt es über eine enorme **ökonomische, gesellschaftliche, politische und schließlich auch rechtliche Bedeutung**. Deshalb hat inzwischen der Bundesgerichtshof die besondere Querschnittsbedeutung des Internets anerkannt, indem er den Ausfall des Internetzugangs als ersatzfähigen Vermögensschaden eingestuft hat.³ In der Begründung dazu heißt es wörtlich:

„Die Nutzbarkeit des Internets ist ein Wirtschaftsgut, dessen ständige Verfügbarkeit [...] auch im privaten Bereich für die eigenwirtschaftliche Lebenshaltung typischerweise von zentraler Bedeutung ist und bei dem sich eine Funktionsstörung als solche auf die materiale Grundlage der Lebenshaltung signifikant auswirkt. [...] Damit hat sich das Internet zu einem die Lebensgestaltung eines Großteils der Bevölkerung entscheidend mitprägenden Medium entwickelt, dessen Ausfall sich signifikant im Alltag bemerkbar macht. Die Unterbrechung des Internetzugangs hat typischerweise Auswirkungen, die in ihrer Intensität mit dem Fortfall der Möglichkeit, ein Kraftfahrzeug zu nutzen, ohne Weiteres vergleichbar sind.“⁴

4 Es ist daher nur konsequent, das Internet auch als „**kritische Infrastruktur**“ anzusehen. Darunter versteht man „Organisationen und Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen [...], bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung erhebliche Versorgungsengpässe bis hin zu Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten können“.⁵ Da wesentliche Bereiche sowohl des privaten als auch des öffentlichen Lebens ohne Internet nicht mehr (hinreichend) funktionsfähig sind – wie z. B. die Energieversorgung, der Verkehrs- und der Finanzsektor sowie die Arbeit von Medien, Bildungseinrichtungen und